

## **Rede Gemeinsame Zentren von Polizei und Geheimdiensten**

Der Verfassungsschutz wird heute 64 Jahre alt. Wir stehen aber nicht hier, um ihm zum Geburtstag zu gratulieren. Wir wollen in Rente schicken. 3 Jahre ist es jetzt her, da flog das NSU-Terrornetzwerk durch seine Selbstenttarnung auf. Inzwischen wurde das Versagen des Verfassungsschutzes bei der Fahndung nach den Mördern von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen bestätigt. Als Konsequenz wird der Geheimdienst aber nicht in Rente geschickt. Im Gegenteil: er bekommt mehr Kompetenzen und mehr Geld für Überwachung. Im ersten Halbjahr von 2014 ließ er rund 53.000 mal Mobiltelefone orten. Laut Haushaltsplan der Bundesregierung für 2014 bekommt der Verfassungsschutz einen Zuschuss von rund 3 Millionen Euro. Wofür ist geheim. Medien berichteten allerdings, dass er eine Sonderkommission zur Ausspähung sozialer Netzwerke einrichten will. Wollen wir zulassen, dass sich der Verfassungsschutz zur deutschen NSA entwickelt und massenhaft Daten über uns sammelt? Nein!

Nein, dem Inlandsgeheimdienst hat es nicht geschadet, dass in seinem Haus nach Bekanntwerden der NSU-Morde Akten geschreddert wurden. Es hat ihm auch nicht geschadet, dass er in jedem Jahr der mörderischen Aktivitäten in seinen Verfassungsschutzbericht schrieb: „Zur Zeit gibt es keine rechtsterroristischen Organisationen und Strukturen.“ Und dass der Verfassungsschutz die Szene um Böhnhard, Mundlos und Zschäpe damals mit mehr als 200.000 DM und über 40 V-Leute im „Thüringer Heimatschutz“ erst mit aufgebaut hat, dass Verfassungsschutzbeamte vor dem NSU-Prozess bis heute nicht oder mit schweren Erinnerungslücken aussagen – das alles hat das Vertrauen der Bundesregierung in den Geheimdienst und in seine angeblich unersetzliche Funktion in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands nicht erschüttern können. Uns Bürgerinnen und Bürger haben die Taten des Inlandsgeheimdienstes rund um den NSU und die Datenweitergaben an die NSA tief erschüttert. Wir stehen hier in einer Demokratie des 21. Jahrhunderts und merken, wie unsere schwer erkämpften bürgerlichen Freiheiten – im Grundgesetz sind es die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Briefgeheimnis und die Unverletzlichkeit der Wohnung – wie diese Freiheiten von Geheimdiensten ausgehöhlt und mit Füßen getreten werden. Und dagegen wehren wir uns!

Ein Beispiel dafür, dass die Geheimdienste wie die Bundesregierung auf den Rechtsstaat pfeifen, haben wir direkt vor uns: das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ). Auf diesem Gelände arbeiten die deutschen Geheimdienste – Verfassungsschutz, BND und MAD – ganz eng zusammen mit der Polizei - das BKA, die Landeskriminalämter und Bundespolizei sind hier vertreten. Sie arbeiten Tür an Tür zum Thema des islamistischen Terrorismus und treffen sich zu

täglichen Lagebesprechungen. Das tun sie ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Und dass obwohl es hierzulande das Trennungsgebot zwischen Geheimdiensten und Polizei gibt - nach den schlechten Erfahrungen mit Geheimpolizeien wie der Gestapo der Nazis und der Stasi in der DDR. Die Geheimdienste dürfen demnach viel wissen, aber wenig damit tun, dabei sind ihre Informationen oft vage und schwer nachzuprüfen, wenn sie von V-Leuten und anderen dubiosen Quellen stammen. Die Polizei hingegen kann deine Wohnung durchsuchen oder dich in Gewahrsam nehmen, dafür braucht sie aber einen sehr konkreten Verdacht. Die Gemeinsamen Zentren höhlen dieses Trennungsgebot massiv aus. Sie führen dazu, dass Polizeiliche Zwangsmaßnahmen auf vagen Geheimdienstinformationen beruhen können. Der Staatsrechtler Matthias Bäcker sagte dazu in einem Interview: „Wenn man jetzt solche scharfen Zwangsmaßnahmen an relativ vage Anhaltspunkte knüpft, dann kann das dazu führen, dass in vielen Fällen letztlich die Falschen getroffen werden und dass es also zu erheblichen Kollateralschäden kommt.“ Wollen wir unsere Rechtsordnung nach der Angst vor dem Terrorismus ausrichten und dafür in Kauf nehmen, dass große Teile der Bevölkerung als Kollateralschaden ausspioniert werden? Das machen wir nicht mit! Und die Wahrscheinlichkeit von Kollateralschäden wächst: Mit der Humanistischen Union haben wir uns vor einigen Wochen im Bundestag dafür eingesetzt, dass das Trennungsgebot gewahrt bleibt und die Gemeinsamen Dateien von Geheimdiensten und Polizeien wie die Anti-Terror-Datei nicht ausgebaut werden. Die große Koalition hat es aber gegen den Willen der Opposition durchgesetzt: Die Polizei darf jetzt langjährige Recherchen und Analysen mit den Spionagedaten der Geheimdienste durchführen. Das widerspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Anti-Terror-Datei und erfüllt uns mit Sorge über unseren Rechtsstaat.

Um auf den Verfassungsschutz zurück zu kommen: Der hat sich 2012 als Reaktion auf die Forderung nach einer besseren Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden nach den NSU-Morden ein Denkmal gesetzt: das neue Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum - das GETZ – kümmert sich um alle Formen von Extremismus, in die auch der Verfassungsschutz seine Nase steckt: Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus. Man merke den Unterschied: es geht hier nicht einmal um die Abwehr realer terroristischer Gefahren, sondern um die geheimdienstliche Überwachung politischer Meinungen, wobei links und rechts in einem Topf geworfen werden und einmal umgerührt.

....

Aber ich sehe, da kommt Herr Kramer von der deutlichen Rentenversicherung. Und ein Verfassungsschützer ist auch hier, der so aussieht, als wollte er sich gerne zur Ruhe setzen. Ich überreiche also das Wort an Herrn Kramer von der deutlichen Rentenversicherung.